

Dialogforum I: Bedeutung und Perspektiven des innerstädtischen Wohnens in Klein- und Mittelstädten

Thementisch 4: Neue Inhalte für die Zentren finden

Impulsvortrag: Paul Dominik Hasler, Netzwerk Altstadt, Schweizerische Vereinigung für Landesplanung VLP-ASPAN, Bern

In der Diskussion am Thementisch zum Impulsvortrag von Paul Dominik Hasler wird zunächst die Frage gestellt, ob es wirklich notwendig ist, ganz neue Inhalte für die Stadtzentren zu suchen. Ist es nicht wichtiger, in Bewegung zu bleiben, Chancen zu erkennen und dabei stets den Kontext zwischen den Inhalten herzustellen? Aufgabe der Gemeinde sei es, ihre stadtplanerischen Maßnahmen kontinuierlich neu zu justieren. Herr Hasler sieht ebenfalls die Notwendigkeit, ein gewisses Maß an Dynamik zuzulassen, und betont die damit verbundene Komplexität. Doch sei es insbesondere für Kleinstädte (5.000–20.000 Einwohner) meist überlebensnotwendig, Großversorger im Zentrum zu halten. Trotz baulicher oder platztechnischer Schwierigkeiten müssten die Kleinstädte daher aktiv mit den Unternehmen in Kontakt treten und ihnen Angebote unterbreiten.

Im weiteren Verlauf der Diskussion werden konfligierende Zielvorstellungen deutlich: So fehle es besonders in Klein- und Mittelstädten meist an zielgruppenspezifischen Wohnungsmarktkonzepten. Im Innenstadtbereich werde oft auf die Ansiedlung junger Familien gesetzt, jedoch dürfe die soziale Vielfalt nicht außer Acht gelassen werden. Weitere Zielgruppen wie Studierende oder Migranten müssten ebenfalls angesprochen werden. Hieran schließt auch die Art der Nutzung der Innenstadtbereiche an. Ein Teilnehmer der Gesprächsrunde fordert, die Spielräume eines „lärmenden Stadtmodells“ auszuloten. Dazu sei es notwendig zu experimentieren und verschiedene Nutzungsformen zusammenzubringen, die sich gegenseitig dulden und aushalten könnten. In diesem Zusammenhang wird auch eine „Übersanierung“ von Innenstadtbereichen kritisiert, die lediglich auf eine klare, saubere Ästhetik ausgelegt sei – „eigenartige Viertel“ und „städtische Unaufgeräumtheit“ hingegen würden beseitigt werden. Die Entscheidung gegen strenge Sanierungsprogramme und für eine freie, experimentelle Nutzung benötige jedoch auch starke politische Standhaftigkeit, denn oft hätten die alteingesessenen Bürgerinnen und Bürger dafür nur wenig Verständnis.

Alternative, verdichtende Wohn- und Arbeitsformen in der Stadt erkennt Herr Hasler in der Tendenz zu gemeinschaftlichen Nutzungsformen, so genannten Sharing-Angeboten, wie Wohn- und Bürogemeinschaften oder gemeinschaftlich genutzten Küchen. Eine Teilnehmerin wendet ein, Wohngemeinschaftsprojekte seien oftmals nur für Einzelfälle sinnvoll, da für solche neuen Nutzungsformen viel Kommunikation und Verständnis seitens der Bevölkerung notwendig sei. Die Bereitschaft zur Etablierung sei entsprechend gering. Ein anderer Teilnehmer sieht hingegen besonders in den so genannten Co-working Offices ein Potenzial für die Zukunft in kleineren Gemeinden mit Anbindung an städtische Strukturen.

Überlegt wird auch, welche Nutzungen im innerstädtischen Raum breite Akzeptanz in der Bevölkerung finden könnten. Ein Ansatz könnte darin bestehen, dass Geschäfte regionale Anbieter integrieren, deren Angebote dann auch im Internet vernetzt sein sollten. Produkte aus der Region werden in bestimmten Lebensmittelgeschäften ohnehin schon besonders beworben. Allerdings könnten auch hobbybasierte Nutzungen von Ladenlokalen zur lokalen Identifikation beitragen. Dass Bürgerforen, in denen Ideen und Vorschläge aus der Bevölkerung gesammelt werden, für die Suche nach Nutzungen hilfreich sind, wird bezweifelt. So ist fraglich, ob die in einem Bürgerforum geäußerten Meinungen repräsentativ sind. Außerdem erweist es sich oft als komplex oder unmöglich, mit allen Beteiligten einen Konsens über die geäußerten Wünsche herzustellen.

Gesetzliche Vorgaben können es schwer machen, sinnvolle Nutzungen zu platzieren. Vergabeentscheidungen müssen in vielen Städten zugunsten des Höchstbietenden getroffen werden, nicht jedoch zugunsten des sinnvollsten oder passendsten Konzepts. Herr Hasler kritisiert außerdem, dass Entscheidungsprozesse oft zu träge seien, so dass viele Möglichkeiten gar nicht erst ergriffen werden können. Besonders bei der Ansiedlung großer Firmen müssten Entscheidungen schnell getroffen werden, da diese sonst in andere Städte abwanderten. Die Gemeinden müssten Veränderungen begrüßen und diese unterstützen anstatt durch langsame Prozesse Stillstand zu erzeugen.

Auch die lokale Identität und die damit verbundenen Integrationsmöglichkeiten sind für die Entwicklung einer Gemeinde zentral. Die Gemeinden sollten ihre Vorzüge stärken, mit denen sie die Menschen am Wohnort halten. Neuen Bürgerinnen und Bürgern sollte die Möglichkeit gegeben werden, die lokale Identität anzunehmen und sich zu integrieren. Ein Beispiel dafür sei der „Zugeffekt“, der von einer großen Zahl junger Einwohner ausgeht, denn in einer solchen Gemeinde wollen auch weitere jüngere Menschen leben. Andere Anziehungspunkte könnten schnelles Internet oder der Ausbau von Arbeitsplätzen sein.

Herr Hasler betont abschließend, dass es für diese Fragen sowie für die übergreifende Frage des Thementisches kein Patentrezept gebe. Das Schweizer Netzwerk Altstadt erarbeitet daher für jede Gemeinde individuelle Strategiekonzepte, die auf einer eintägigen Stadtanalyse basieren. Die Schwächen und Potenziale, die sich aus dieser Analyse ergeben, werden zunächst dem Gemeinderat präsentiert. Erachtet dieser die Entwicklung einer Nutzungsstrategie als sinnvoll, so werden zunächst Ideen und Vorschläge aus der Bevölkerung gesammelt. Zudem werden Eigentümer und Ladenbesitzer sowie eine Begleitgruppe aus Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde zu Umfragen und Workshops eingeladen, um so gemeinsam einen Maßnahmenplan zu erstellen, der schließlich der gesamten Bevölkerung präsentiert wird. Anschließend gilt es, diese Maßnahmen umzusetzen. Es muss dazu ein Bewusstsein für relevante Themen und Chancen geschaffen werden, gegenseitige Vorwürfe sind zu unterbinden. Grundlegend für alles Handeln sei in dem Fall aber ein Strategiewechsel bzw. eine Positionierung, die von der Verwaltungsspitze klar unterstützt werden müsse.

Schließlich resümiert Herr Hasler, es tue zwar weh, wenn die Versorgungsfunktion in der Innenstadt nicht mehr erfüllt werde. Wesentlich gefährlicher sei jedoch ein Wegfall von Begegnungsstrukturen im Stadtzentrum. Er betont daher die Relevanz von Begegnungsstätten wie z.B. Integrationscafés, die in Verwaltungsstrukturen, Bibliotheken, Kirchen oder andere öffentliche Einrichtungen eingebettet werden sollten. In einigen Gemeinden haben sich bereits Begegnungsprojekte durch die Initiative von Stiftungen oder kirchlichen Einrichtungen etabliert.